

Regierungsratsbeschluss

vom 22. Oktober 2024

Nr. 2024/1663

KR.Nr. K 0131/2024 (BJD)

Kleine Anfrage Silvia Fröhlicher (SP, Bellach): Vollzugsprobleme beim Schutz des Trinkwassers Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Der Pestizid-Wirkstoff S-Metolachlor ist letzten Dezember in der EU verboten worden, weil er als «vermutlich krebserregend» eingestuft wurde. Die Abbaustoffe von S-Metolachlor im Trinkwasser gelten jetzt als «relevant», das heisst, es gilt ein hundertfach strengerer Grenzwert. Der Bund, konkret das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, hat bis heute noch keine entsprechenden Massnahmen erlassen. Im Schweizer Mittelland sind von der entsprechenden Verschmutzung bis zu 100'000 Haushalte betroffen. Gemäss jüngsten Medienberichten sind die Kantonschemiker besorgt, weil sie bisher vom Bund keine Informationen betreffend Regelung von S-Metolachlor im Trinkwasser erhalten haben, obwohl sie von Gesetzes wegen für den Schutz des Trinkwassers zuständig sind.

Deshalb frage ich den Regierungsrat an:

1. Teilt der Regierungsrat die Auffassung von Kantonschemikern, dass der Bund im konkreten Fall Massnahmen gegen ein vermutlich krebserregendes Pestizid nur schleppend ergriffen hat?
2. Gibt es im Kanton Solothurn Gebiete, in welchen die Abbaustoffe von S-Metolachlor «relevant» sind? Wenn ja, welche?
3. Wie viele Haushalte im Kanton Solothurn sind potenziell betroffen von der Verschmutzung unseres Trinkwassers durch die Abbaustoffe von S-Metolachlor?
4. Falls dem Regierungsrat zu den unter 1. und 2. gestellten Fragen keine Informationen zur Verfügung stehen: Wie und bis wann will der Regierungsrat die Datenlücken schliessen?
5. Haben die zuständigen Stellen des Kantons Sonderbewilligungen für den Einsatz von S-Metolachlor an Landwirte mit Direktzahlungen erteilt?
6. Welche Massnahmen hält der Regierungsrat auf Bundes- und Kantonsebene grundsätzlich für angemessen, um weitere Belastungen unseres Trinkwassers mit kaum abbaubaren Wirkstoffen zu vermeiden?
7. Ist der Regierungsrat bereit, sich auf Bundesebene für eine Verstärkung des Verursacherprinzips zur Bekämpfung der Belastung unseres Trinkwassers mit schwer abbaubaren Wirkstoffen einzusetzen?

2. Begründung

Im Vorstosstext enthalten.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Zu den Fragen

3.1.1 Zu Frage 1:

Teilt der Regierungsrat die Auffassung von Kantonschemikern, dass der Bund im konkreten Fall Massnahmen gegen ein vermutlich krebserregendes Pestizid nur schleppend ergriffen hat?

Die Europäische Union hat gemäss Artikel 4 der Durchführungsverordnung (EU) 2024/20 vom 12. Dezember 2023 die Genehmigung für den Wirkstoff S-Metolachlor nicht erneuert und den Mitgliedstaaten vorgeschrieben, dass etwaige Aufbrauchfristen spätestens am 23. Juli 2024 enden müssen. In der Schweiz wurde die Verwendung des Pflanzenschutzmittels S-Metolachlor gemäss Art. 86k (eingefügt am 27. Mai 2024) der Verordnung über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (PSMV; SR 916.161) vom 1. Juli 2024 per 1. Januar 2025 verboten.

3.1.2 Zu Frage 2:

Gibt es im Kanton Solothurn Gebiete, in welchen die Abbaustoffe von S-Metolachlor «relevant» sind? Wenn ja, welche?

Überschreitungen des Höchstwerts für Rückstände von Pestiziden im Trinkwasser von 0,1 µg/l wurden im Kanton Solothurn gemäss den aktuell vorliegenden Untersuchungsergebnissen für Metolachlor, Metolachlor-ESA, Metolachlor-NOA, Metolachlor-OXA, Metolachlor CGA 368208, Metolachlor SYN 547977, Metolachlor SYN 542489 und Metolachlor SYN 542490 nicht festgestellt. Die Messungen decken 212'000 Konsumentinnen und Konsumenten im Kanton Solothurn ab, was einem Anteil von 75 % der gesamten Bevölkerung entspricht.

Die mehr als 160 Untersuchungsergebnisse stammen aus Proben, welche über 40 Wasserversorgungen aus allen Kantonsteilen innerhalb der Selbstkontrolle im Rahmen des «erweiterten Untersuchungsprogramms» in den vergangenen Jahren erhoben haben.

3.1.3 Zu Frage 3:

Wie viele Haushalte im Kanton Solothurn sind potenziell betroffen von der Verschmutzung unseres Trinkwassers durch die Abbaustoffe von S-Metolachlor?

Siehe Antwort zu Frage 2. Es wurden im Kanton Solothurn bisher keine Überschreitungen von Höchstwerten festgestellt.

3.1.4 Zu Frage 4:

Falls dem Regierungsrat zu den unter 1. und 2. gestellten Fragen keine Informationen zur Verfügung stehen: Wie und bis wann will der Regierungsrat die Datenlücken schliessen?

Siehe Antwort zu Frage 2. Die Situation lässt sich aufgrund der vorhandenen Daten hinreichend beurteilen.

3.1.5 Zu Frage 5:

Haben die zuständigen Stellen des Kantons Sonderbewilligungen für den Einsatz von S-Metolachlor an Landwirte mit Direktzahlungen erteilt?

Die Ausrichtung von Direktzahlungen setzt voraus, dass die betreffenden Beitragsbezüger die Anforderungen des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) auf dem gesamten Betrieb erfüllen bzw. erfüllt haben. Nach der Zulassung von S-Metolachlor war der Wirkstoff vor allem in Maiskulturen verbreitet. Ab dem 1. Januar 2023 war der Einsatz von S-Metolachlor auf Betrieben, die den (ÖLN) erfüllen, grundsätzlich verboten. Ausnahmen waren mit einer Sonderbewilligung möglich zur Bekämpfung von Erdmandelgras und als Herbizid in Quinoa, Zuckermais und in der Produktion von Maissaatgut. Im Jahr 2023 wurde eine einzige Sonderbewilligung für S-Metolachlor zur Unkrautbekämpfung auf einer Fläche von 1 ha Quinoa ausgestellt. Seit dem Jahr 2024 ist der Einsatz von S-Metolachlor nun ganz untersagt.

3.1.6 Zu Frage 6:

Welche Massnahmen hält der Regierungsrat auf Bundes- und Kantonsebene grundsätzlich für angemessen, um weitere Belastungen unseres Trinkwassers mit kaum abbaubaren Wirkstoffen zu vermeiden?

Im Jahr 2017 verabschiedete der Bundesrat den nationalen Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, mit dem Ziel, die Risiken durch den Einsatz des chemischen Pflanzenschutzes zu halbieren und Alternativen dazu zu fördern. Im darauffolgenden Jahr hat der Regierungsrat den kantonalen Massnahmenplan (RRB Nr. 2018/295) verabschiedet, welcher konkrete Ziele und Massnahmen in der landwirtschaftlichen Anwendung definiert. Umgesetzt werden die Massnahmen durch das Amt für Umwelt, das Amt für Landwirtschaft und durch den Solothurner Bauernverband. Das Amt für Umwelt hat im Jahr 2020 zur Wirkungskontrolle eine biologische und chemische Gewässerüberwachung aufgebaut.

In der Zwischenzeit wurde weiteren Pflanzenschutzmitteln durch den Bund die Zulassung entzogen. Überdies wurden für sensitive Gebiete mit geringer Bodendeckschicht, insbesondere für Karstgebiete, zusätzliche Pflanzenschutzmittel verboten.

Der Kantonsrat fordert mit A 111/2019 (Auftrag Rufer), dass der Umgang mit Pflanzenschutzmitteln auch beim nichtlandwirtschaftlichen Einsatz verbessert werden muss. Zurzeit werden durch das Amt für Umwelt rund 13 Massnahmen geprüft und umgesetzt.

Auf Bundesebene fordert die Motion Zanetti (20.3625) die Ausscheidung von Zuströmbereichen bei Trinkwasserfassungen, in welchen nur Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden dürfen, welche nicht zu Abbauprodukten im Grundwasser mit Konzentrationen über 0.1 Mikrogramm pro Liter führen. Die Motion wurde durch die beiden Räte angenommen. Der Gesetzgebungsprozess wurde durch das Bundesamt für Umwelt aufgenommen.

3.1.7 Zu Frage 7:

Ist der Regierungsrat bereit, sich auf Bundesebene für eine Verstärkung des Verursacherprinzips zur Bekämpfung der Belastung unseres Trinkwassers mit schwer abbaubaren Wirkstoffen einzusetzen?

Der Kanton Solothurn wirkt auf Bundesebene in verschiedenen Gremien, welche sich – neben anderen Themen – auch mit Fragen zum Gewässerschutz und zu den Anforderungen an die Qualität des Trinkwassers befassen. So ist die Regierung in der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz vertreten. Die Verwaltung bringt die Anliegen des Kantons in der Konferenz der Umweltämter der Schweiz, in der Konferenz Verantwortliche Chemikalienvollzug (Amt für Umwelt) sowie im Verband der Kantonschemiker (Gesundheitsamt, Lebensmittelkontrolle) aktiv ein. Zudem führt das Bau- und Justizdepartement einen regelmässigen Austausch mit dem Bundesamt für Umwelt.



Andreas Eng
Staatschreiber

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement (bk)
Amt für Umwelt, Abt. WA (2024-798)
Departement des Innern
Lebensmittelkontrolle
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Landwirtschaft
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat